

Beschlussempfehlung

Hannover, den 22.06.2022

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - NKlimaG) sowie zur Änderung weiterer Gesetze

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Berichterstattung: Abg. Martin Bäumer (CDU)

(Es sind ein mündlicher und ein ergänzender schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz empfiehlt dem Landtag,

1. den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/11015 mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen und
2. die Einsenderin der in die Beratungen einbezogenen Eingabe 3269/09/18 über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Axel Miesner
Vorsitzender

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

**Gesetz
zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur
Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung
der Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches
Klimagesetz - NKlimaG) sowie zur Änderung
weiterer Gesetze**

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur
Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung
der Folgen des Klimawandels

Das Niedersächsische Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels vom 10.12.2020 (Nds. GVBl. S. 464) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Zweck des Gesetzes und Vorbildwirkung“
 - b) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und in Satz 2 werden vor „Leistungsfähigkeit“ das Wort „Innovationsfähigkeit“ sowie ein Komma eingefügt.
 - c) Es werden die folgenden neuen Absätze 2 und 3 angefügt:

„(2) ¹Allen öffentlichen Stellen kommt beim Klimaschutz in ihrem Zuständigkeitsbereich eine allgemeine Vorbildfunktion zu, der sie insbesondere durch Energieeinsparung, die effiziente Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie, die Nutzung erneuerbarer Energien sowie den effizienten Umgang mit anderen Ressourcen nachkommen. ²Die Gemeinden, die Samtgemeinden, die Landkreise und die Region Hannover erfüllen ihre Vorbildfunktion im eigenen Wirkungskreis.

(3) ¹Die Landesverwaltung hat die Ziele dieses Gesetzes als Querschnittsziele in allen Angelegenheiten des Landes zu berücksichti-

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

**Gesetz
zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur
Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung
der Folgen des Klimawandels _____ sowie zur
Änderung weiterer Gesetze**

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur
Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung
der Folgen des Klimawandels

Das Niedersächsische Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels vom 10. **Dezember** 2020 (Nds. GVBl. S. 464) wird wie folgt geändert:

0/1. Vor § 1 wird die folgende Überschrift eingefügt:

**„Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften“.**

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) **wird (hier) gestrichen (jetzt in § 3)**
 - a/1) Der bisherige Satz 1 wird einziger Satz.**
 - b) _____ Satz 2 _____ **wird gestrichen.**
 - c) **wird (hier) gestrichen (jetzt teilweise in § 3)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

gen. ²Sie trägt dafür Sorge, dass administrative Regelungen entsprechend den Zielen dieses Gesetzes angepasst und fortentwickelt werden. ³Die Ziele dieses Gesetzes sind bei allen Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu beachten.“

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Es wird der folgende neue Absatz 3 eingefügt:

„(3) Treibhausgasneutralität im Sinne dieses Gesetzes ist das Gleichgewicht zwischen anthropogenen Treibhausgasemissionen aus Quellen und dem Abbau von Treibhausgasen durch Senken.“

b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.

c) Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:

„(6) Klimaresilienz bezeichnet die Fähigkeit sozial-ökologischer Systeme, Auswirkungen und Belastungen des Klimawandels abzumildern und sich von ihnen zu erholen, während sie ihre Strukturen und Mittel für ein Leben angesichts langfristiger Veränderungen und Unsicherheiten positiv anpassen und transformieren.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) die Zahl 55 wird ersetzt durch die Zahl 65,

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) *unverändert*

b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden _____ Absätze 4 und 5.

b/1) Im neuen Absatz 5 wird Nummer 3 gestrichen.

c) **wird gestrichen**

2/1. Nach § 2 wird die folgende Überschrift eingefügt:

**„Zweiter Abschnitt
Niedersächsische Klimaschutzziele,
Strategien des Landes“.**

3. § 3 wird wie folgt geändert:

0/a) Der Überschrift werden ein Komma und das Wort „Vorbildfunktion“ angefügt.

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. die Minderung der Gesamtemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent, bis zum

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Jahr 2035 um mindestens 76 Prozent **und** bis zum Jahr 2040 um mindestens 86 Prozent, **jeweils bezogen auf die Gesamtemissionen im Vergleichsjahr 1990, und darüber hinaus die Erreichung von Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045,**“.

- bb) vor das Wort „bezogen“ wird die Formulierung „bis zum Jahr 2035 um mindestens 76 Prozent, bis zum Jahr 2040 um mindestens 86 Prozent,“ eingefügt, _____ (jetzt in Nummer 1 enthalten)
- cc) das Wort „Klimaneutralität“ wird durch das Wort „Treibhausgasneutralität“ ersetzt, _____ (jetzt in Nummer 1 enthalten)
- dd) die Zahl 2050 wird durch die Zahl 2045 ersetzt. _____ (jetzt in Nummer 1 enthalten)
- b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
- bb) In Nummer 2 werden _____ die Zahl „70“ _____ durch die Zahl „80“, das Wort „klimaneutralen“ _____ durch das Wort „treibhausgasneutralen“ sowie die Jahreszahl „2050“ durch die Jahreszahl „2040“ ersetzt.**
- aa) Die Zahl „70“ wird durch die Zahl „80“ ersetzt. _____ (jetzt in Doppelbuchst. bb enthalten)
- bb) Der Begriff „klimaneutral“ wird durch den Begriff „treibhausgasneutral“ ersetzt. _____ (jetzt in Doppelbuchst. bb enthalten)
- c) Nummer 3 wird wie folgt geändert:
- Das Wort „Energiebedarfs“ wird ersetzt durch die Worte „Energie- und Wasserstoffbedarfs“.
- cc) Nummer 3 erhält folgende Fassung:**
- „3. der Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien durch**
- a) die bilanzielle Deckung des Energie- und Wasserstoffbedarfs in Niedersachsen durch erneuerbare Energien bis zum Jahr 2040,**
- b) die Ausweisung von mindestens 1,7 Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete für Windenergienutzung mit der Wirkung von Eignungsgebieten oder als Vorranggebiete für Windenergienutzung in den Regionalen Raumordnungsprogrammen bis zum Jahr 2027**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

und von mindestens 2,2 Prozent der Landesfläche bis zum Jahr 2033 sowie die Ausweisung von mindestens 0,47 Prozent der Landesfläche bis zum Jahr 2033 als Gebiete für die Nutzung von solarer Strahlungsenergie zur Erzeugung von Strom durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Bebauungsplänen der Gemeinden,

- c) die Realisierung von insgesamt mindestens 30 Gigawatt installierter Leistung zur Erzeugung von Strom aus Windenergie an Land und von insgesamt mindestens 65 Gigawatt installierter Leistung zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Photovoltaik) bis zum 31. Dezember 2035, davon 50 Gigawatt installierter Leistung zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie auf bereits versiegelten Flächen und auf Flächen, an oder in einem Gebäude oder einer sonstigen baulichen Anlage, die vorrangig zu anderen Zwecken als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden sind, im Übrigen in Form von Freiflächen-Photovoltaik und“.

- b) Es wird der folgende Absatz 2 angefügt:

„(2) ¹Die Klimaschutzziele sollen unter Berücksichtigung der Innovationsfähigkeit, der Leistungsfähigkeit und der industriepolitischen Chancen der niedersächsischen Wirtschaft, der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen, der Versorgungssicherheit und der Sozialverträglichkeit erreicht werden. ²Die Landesverwaltung hat die Klimaschutzziele in allen Angelegenheiten des Landes als Querschnittsziele zu berücksichtigen. ³Die Landesverwaltung und die sonstigen öffentlichen Stellen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

des Landes haben eine Vorbildfunktion **für die Erfüllung der Klimaschutzziele.**“

4. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) in Absatz 3 wird nach dem Wort „Forstwirtschaft“ ein Komma eingefügt, werden die Worte „sowie für“ nach „Forstwirtschaft“ gestrichen und wird hinter das Wort „(Sektoren)“ die Formulierung „sowie für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft“ eingefügt,

4. § 4 wird wie folgt geändert:

0/a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach der Angabe „§ 3“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.

1/a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird gestrichen.

bb) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 1 und darin wird die Angabe „Nr. 3“ durch die Angabe „Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a“ ersetzt.

cc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2 und darin wird nach der Angabe „§ 3“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt und die Angabe „den Nummern 1 und 2“ wird durch die Angabe „der Nummer 1“ ersetzt.

a) _____ Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„1Maßnahmen nach Absatz 2 Nr. 2 zur Erreichung der Ziele nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 sollen im Rahmen der Zuständigkeit des Landes insbesondere für die Energiewirtschaft, die Industrie, den Verkehr, Gebäude, die Land- und Forstwirtschaft, die Abfallwirtschaft (Sektoren) sowie für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft geplant werden.“

bb) In Satz 2 wird die Verweisung „§ 7“ durch die Verweisung „§ 12“ ersetzt.

a/1) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Nr. 3“ durch die Angabe „Nr. 2“ ersetzt.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

- b) in Absatz 5 Satz 2 wird vor dem Wort „fünf“ das Wort „mindestens“ eingefügt.
5. Nach § 4 werden die folgenden §§ 4 a bis 4 c eingefügt:
- bb) In Nummer 1 wird nach der Angabe „§ 3“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt und die Angabe „Nrn. 1 und 2“ wird durch die Angabe „Nr. 1“ ersetzt.
- cc) In Nummer 2 wird nach der Angabe „§ 3“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.
- dd) In Nummer 3 wird das Wort „klimaneutraler“ durch das Wort „treibhausgasneutraler“ ersetzt.
- b) In Absatz 5 Satz 2 wird **nach** dem Wort „wird“ das Wort „mindestens“ eingefügt.
5. **wird (hier) gestrichen** (§ 4 a jetzt in § 8 - neu -; § 4 b jetzt in § 3 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b und c; § 4 c jetzt in Artikel 3)

„§ 4 a
Staatliche Zuwendungen

(1) ¹Bei der Neuaufstellung, wesentlichen Änderung und Verlängerung von Förderprogrammen des Landes müssen auch die Ziele des § 3 und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Abwägung mit den Zielen der Förderung angemessen berücksichtigt werden. ²Satz 1 gilt für Zuwendungen außerhalb von Richtlinien entsprechend.

(2) Die Auswirkungen der Förderprogramme und der Zuwendungen außerhalb von Richtlinien auf das Schutzgut Klima sind im Vorfeld abzuschätzen und zu dokumentieren.

§ 4 b
Landesziele für Windenergie an Land
und Photovoltaik

(1) ¹Die Landesverwaltung wirkt in geeigneter Weise darauf hin, dass zur Erzeugung von Strom installierte Leistungen von mindestens 30 Gigawatt Windenergie an Land und von 65 Gigawatt Photovoltaik (solare Strahlungsenergie) realisiert werden. ²Davon sollen 50 Gigawatt Photovoltaik auf bereits versiegelten Flächen und Flächen auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand sowie sonstigen baulichen Anlagen verwirklicht werden. ³Im Übrigen sollen Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie in Form von Freiflächenphotovoltaik in dafür geeigneten Gebieten raumverträglich bis zum 31. Dezember 2035 realisiert werden.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(2) ¹Die Landesverwaltung wirkt darauf hin, dass in den Raumordnungsplänen oder Bauleitplänen in Summe mindestens 2,1 Prozent der Landesfläche als Gebiete für die Nutzung von Windenergie an Land und mindestens 0,47 Prozent der Landesfläche als Gebiete für die Nutzung von solarer Strahlungsenergie (Freiflächen-PV) zur Erzeugung von Strom ausgewiesen werden. ²Eine erforderliche Änderung des Landes-Raumordnungsprogrammes ist bis zum 30. Juni 2026 abzuschließen; die Regionalen Raumordnungsprogramme sind in der Folge unverzüglich hinsichtlich der Vorgaben anzupassen.

(3) Zur Umsetzung der in § 3 Nr. 3 und in Absatz 1 genannten Ausbauziele wirkt die Landesverwaltung auch darauf hin, dass Projekte der erneuerbaren Energien an linienhaften Verkehrsinfrastrukturen unter Nutzung der bereits versiegelten Flächen und vorhandenen Anlagen realisiert werden.

§ 4 c

Photovoltaikanlagen für die Stromerzeugung

(1) ¹Bei der Errichtung von Gebäuden mit einer Bruttodachfläche von mehr als 50 m² sind auf mindestens 50 Prozent der für eine Solarnutzung geeigneten Dachfläche Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung aus solarer Strahlungsenergie zu installieren. ²Eine Dachfläche ist für die Solarnutzung nicht geeignet, soweit

- a) die Dachfläche zu Belichtungszwecken dient, wie bei Gewächshäusern, Wintergärten und Dachflächenfenstern, oder
- b) die Dachfläche mit sonstiger technischer Gebäudeausstattung belegt ist.

³Satz 1 gilt nicht für fliegende Bauten gemäß § 75 Abs. 1 der Niedersächsischen Bauordnung, unterirdische Gebäude, Traglufthallen und Zelte. ⁴Die Sätze 1 und 2 gelten für Gebäude mit überwiegend gewerblicher Nutzung, wenn für die Baumaßnahme der Bauantrag, der Antrag auf bauaufsichtliche Zustimmung nach § 74 Abs. 2 Niedersächsische Bauordnung oder die Mitteilung nach § 62 Abs. 3 Niedersächsische Bauordnung nach dem 31. Dezember 2022 übermittelt wird. ⁵Die Sätze 1 und 2 gelten für Wohngebäude, wenn für die Baumaßnahme der Bauantrag oder die Mitteilung nach § 62 Abs. 3 Niedersächsische Bauordnung nach dem 31. Dezember 2024 übermittelt wird.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(2) Die Pflichten nach Absatz 1 Sätze 1 und 2 entfallen,

1. wenn ihre Erfüllung im Einzelfall
 - a) anderen öffentlich-rechtlichen Pflichten widerspricht,
 - b) technisch unmöglich ist,
 - c) wirtschaftlich nicht vertretbar ist

oder

2. soweit auf der Dachfläche solarthermische Anlagen errichtet sind.

(3) ¹Beim Neubau eines offenen Parkplatzes oder Parkdecks mit mehr als 50 Einstellplätzen für Kraftfahrzeuge ist über der für eine Solarnutzung geeigneten Einstellplatzfläche eine Photovoltaikanlage zu installieren. ²Ausgenommen von der Verpflichtung sind Parkplätze, die unmittelbar entlang der Fahrbahnen öffentlicher Straßen angeordnet sind und die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind; Absatz 2 Nr. 1 Buchst. a bis c gilt entsprechend. ³Die Sätze 1 und 2 gelten für Baumaßnahmen, wenn für die Baumaßnahme der Bauantrag, der Antrag auf bauaufsichtliche Zustimmung nach § 74 Abs. 2 Niedersächsische Bauordnung oder die Mitteilung nach § 62 Abs. 3 Niedersächsische Bauordnung nach dem 31. Dezember 2022 übermittelt wird.

(4) Das Fachministerium wird ermächtigt, durch Verordnung folgende Begriffe näher zu bestimmen:

1. „technische Unmöglichkeit“ im Sinne des Absatzes 2 Nr. 1 Buchst. b,
2. „wirtschaftliche Vertretbarkeit“ im Sinne des Absatzes 2 Nr. 1 Buchst. c.“

(5) ¹Die unteren Bauaufsichtsbehörden sind sachlich zuständig für die Überwachung der Einhaltung der sich aus den Absätzen 1 bis 3 ergebenden Pflichten. ²§ 58 Abs. 1, 4, 7, 8 und 9 der Niedersächsischen Bauordnung gilt entsprechend. ³Die untere Bauaufsichtsbehörde kann die Maßnahmen anordnen, die zur Durchsetzung der Pflichten nach Absatz 1 und 2 erforderlich sind. ⁴Anordnungen sind an die Personen zu richten, die nach den §§ 52 und 56 der Niedersächsischen Bauordnung verantwortlich sind.“

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

6. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Strategie für eine treibhausgasneutrale Landesverwaltung“

b) In Absatz 1 wird das Wort „klimaneutrale“ durch das Wort „treibhausgasneutrale“ ersetzt.

c) In Absatz 2 wird das Wort „klimaneutrale“ durch das Wort „treibhausgasneutrale“ ersetzt.

6. § 5 wird wie folgt geändert:

a) **In der Überschrift wird das Wort „klimaneutrale“ durch das Wort „treibhausgasneutrale“ ersetzt.**

b) In Absatz 1 **Satz 1** wird **nach der Angabe „§ 3“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt** und das Wort „klimaneutrale“ **wird** durch das Wort „treibhausgasneutrale“ ersetzt.

c) In Absatz 2 wird **im einleitenden Satzteil** das Wort „klimaneutrale“ durch das Wort „treibhausgasneutrale“ ersetzt **und in den Nummern 1 und 2 wird jeweils nach der Angabe „§ 3“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.**

6/1. Der bisherige § 11 wird neuer § 7 und wie folgt geändert:

a) **Absatz 1 erhält folgende Fassung:**

„(1) Das Land überprüft den Stand der Erreichung der Ziele nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 sowie der nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 festgelegten Zwischenziele durch Monitoring in Form von Berichten.“

b) **Absatz 4 wird wie folgt geändert:**

aa) In Satz 1 Nr. 2 werden nach dem Wort „Gebäudeenergiegesetzes“ die Worte „vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728)“ eingefügt.

bb) In den Sätzen 2 und 3 wird jeweils die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 16“ ersetzt.

c) In Absatz 5 Sätze 1 und 2 wird jeweils die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 16“ ersetzt.

6/2. Nach dem neuen § 7 wird die folgende Überschrift eingefügt:

**„Dritter Abschnitt
Klimaschutzaufgaben des Landes“.**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

7. Nach § 5 werden die folgenden §§ 5 a bis 5 c eingefügt:

7. Nach dem neuen § 7 werden im Dritten Abschnitt die folgenden neuen §§ 8 bis 11 eingefügt:

„§ 8

____ Zuwendungen des Landes

(1) **1** Vor dem Erlass von Förderrichtlinien zu Zuwendungen des Landes und der Festlegung der mit diesen Zuwendungen verbundenen Zwecke sind die Auswirkungen der Zuwendungen und ihrer Zwecke auf die Erreichung der Klimaschutzziele nach § 3 Abs. 1 und auf die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu ermitteln und durch Abwägung in einen angemessenen Ausgleich zu bringen. **11** Die nach Satz 1 ermittelten Auswirkungen und die Ergebnisse der Abwägung sind zu dokumentieren. **2** Die Sätze 1 und 1/1 gelten für Zuwendungen des Landes, die nicht aufgrund einer Förderrichtlinie gewährt werden sollen, sowie für Verlängerungen und wesentliche Änderungen von Förderrichtlinien entsprechend.

(2) **wird (hier) gestrichen (jetzt in Absatz 1 enthalten)**

„§ 5 a

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

(1) Bei der Bestimmung der wirtschaftlichsten Lösungsalternative im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach § 7 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung sollen von der Landesverwaltung die Klimaschutzziele nach § 3 Nr. 2 angemessen berücksichtigt werden.

„§ 9

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei Maßnahmen von finanzieller Bedeutung für die Landesverwaltung

(1) **Sind** nach § 7 Abs. 2 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für Maßnahmen von finanzieller Bedeutung durchzuführen, die der Landesverwaltung zur Deckung ihrer Bedarfe bei Wahrnehmung ihrer Aufgaben dienen, so sollen bei der Bestimmung der wirtschaftlichsten Lösungsalternative im Rahmen dieser Untersuchungen die Klimaschutzziele nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 ____ berücksichtigt werden.

(1/1) Bei Durchführung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach Absatz 1 ist von der Landesverwaltung zur monetären Bewertung von Treibhausgasemissionen ein CO₂-Preis mindestens in Höhe des nach § 10 Abs. 2 des Brennstoffemissionshandelsgesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2728), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. November 2020 (BGBl. I S. 2291), gültigen Mindestpreises oder Festpreises zugrunde zu legen; dies gilt nicht, soweit die Anforderung nach Halbsatz 1 nicht mit angemessenem _____ Aufwand zu erfüllen ist.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(2) Bei Durchführung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach Absatz 1 sind von der Landesverwaltung für die zur Verfügung stehenden Lösungsalternativen die entstehenden Kosten über den Lebenszyklus einzubeziehen; dies gilt nicht, soweit die Anforderung nach Halbsatz 1 nicht mit angemessenem und mit vertretbarem Aufwand zu erfüllen ist.

(3) Bei Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach Absatz 1 ist von der Landesverwaltung zur monetären Bewertung von Treibhausgasemissionen ein CO₂-Preis mindestens in Höhe des nach § 10 Abs. 2 Brennstoffemissionshandlungsgesetz gültigen Mindestpreises oder Festpreises zugrunde zu legen; dies gilt nicht, soweit die Anforderung nach Halbsatz 1 nicht mit angemessenem und mit vertretbarem Aufwand zu erfüllen ist.

§ 5 b Landeseigene Flächen

(1) Die Landesverwaltung wirkt darauf hin, dass Flächen mit Moorböden und anderen kohlenstoffreichen Böden im Eigentum des Landes unter besonderer Berücksichtigung des Klimaschutzziels gemäß § 3 Nr. 4 entwickelt oder bewirtschaftet werden.

(2) Flächen im Eigentum des Landes sind, soweit sie geeignet und erforderlich sind, vorrangig zur Stärkung der Klimaresilienz und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Bezug auf Küsten- und Hochwasserschutz zu nutzen und den zuständigen Körperschaften öffentlichen Rechts als Aufgabenträgern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

§ 5 c Anforderungen an die Gebäude der Landesverwaltung

(1) Das Land ist verpflichtet, beim Neubau, beim Umbau und bei Erweiterungen von landeseigenen Gebäuden, für die mit den Planungen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnen wird, den Passivhaus-Standard bei Gebäuden anzuwenden.

(2) Bei Durchführung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach Absatz 1 sind von der Landesverwaltung für die zur Verfügung stehenden Lösungsalternativen die entstehenden Kosten **und Einsparungen** über den Lebenszyklus einzubeziehen; dies gilt nicht, soweit die Anforderung nach Halbsatz 1 nicht mit angemessenem _____ Aufwand zu erfüllen ist.

(3) **wird (hier) gestrichen (jetzt in Absatz 1/1)**

§ 10 _____ Flächen für den Küsten- und Hochwasserschutz

(1) **wird gestrichen**

(2) **Für Vorhaben des Küsten- und Hochwasserschutzes, die der Anpassung an die Folgen des Klimawandels dienen, sollen den Trägern der jeweiligen Vorhaben Flächen im Eigentum des Landes _____, deren Nutzung für die Durchführung der Vorhaben zulässig sowie geeignet und erforderlich ist, unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.**

§ 11 Zusätzliche Anforderungen an die Gebäude der Landesverwaltung

(1) **¹Über die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) hinaus ist die Landesverwaltung verpflichtet, Gebäude_ so zu errichten, dass der Jahres-Primärenergiebedarf des Gebäudes höchstens 40 Prozent des Höchstwertes des Jahres-Primärenergiebedarfs beträgt, der nach dem Gebäudeenergiegesetz für das Gebäude zulässig ist. ²Im Fall der Erweiterung eines bestehenden**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(2) Bei grundlegenden Renovierungen sowie bei sonstigen wesentlichen Veränderungen von Bestandsgebäuden im Eigentum des Landes ist mindestens der Effizienzhaus-40-Standard bei Gebäuden anzuwenden.

(3) ¹Bis zum Jahr 2025 sind die für Photovoltaik geeigneten Flächen aller Bestandsgebäude im Eigentum des Landes zu 30 Prozent, bis zum Jahr 2040 zu 100 Prozent mit Photovoltaikanlagen auszustatten. ²Das Land kann für diesen Zweck Flächen für einen Zeitraum von bis zu 25 Jahren unentgeltlich an Dritte überlassen.

(4) Das Land ist verpflichtet, bei Anmietung von Neubauten ausschließlich Gebäude oder Teile von Gebäuden anzumieten, die dem Standard nach Absatz 1 entsprechen.

(5) Potenziale für die Nutzung erneuerbarer Energien (Wärme, Strom und Kühlung) beim Neubau, Umbau und bei der Sanierung von Gebäuden im Eigentum des Landes werden systematisch ermittelt und berücksichtigt.“

8. § 7 wird wie folgt geändert:

Gebäudes darf der Jahres-Primärenergiebedarf des Erweiterungsbaus höchstens 40 Prozent des Höchstwertes für ein entsprechendes neu zu errichtendes Gebäude betragen. ³Im Fall der grundlegenden Renovierung oder sonstigen wesentlichen ____Änderung eines bestehenden Gebäudes darf im Ergebnis der Jahres-Primärenergiebedarf des gesamten Gebäudes höchstens 55 Prozent des Höchstwertes für ein entsprechendes neu zu errichtendes Gebäude betragen. ⁴§ 5 des Gebäudeenergiegesetzes in der in Satz 1 genannten Fassung bleibt unberührt. ⁵Die Verpflichtungen nach den Sätzen 1 bis 3 gelten nicht für Baumaßnahmen, für die mit der Planung vor dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens des Gesetzes nach Artikel 6 Satz 1] begonnen wurde.

(1/1) Die Landesverwaltung _____ darf neu errichtete Gebäude zum Erstbezug _____ nur dann ganz oder teilweise an _____mieten, wenn diese dem Standard nach Absatz 1 Satz 1 entsprechen.

(2) wird (hier) gestrichen (jetzt in Absatz 1 Satz 3 enthalten)

(3) ¹Bis zum Jahr 2025 sind _____ 30 Prozent und bis zum Jahr 2040 _____ 100 Prozent aller hierfür geeigneten Dachflächen von bestehenden _____Gebäuden im Eigentum des Landes mit Photovoltaikanlagen auszustatten. ²Die Landesverwaltung kann zu diesem Zweck anderen Personen die Errichtung und die Nutzung von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen im Eigentum des Landes stehender Gebäude für einen Zeitraum von bis zu 25 Jahren auch unentgeltlich gestatten.

(4) wird (hier) gestrichen (jetzt in Absatz 1/1 enthalten)

(5) wird gestrichen

8. **Der bisherige § 7 wird § 12 und wie folgt geändert:**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Bis zum Jahr 2030 sind alle durch die Landesverwaltung genutzten Fahrzeuge, soweit sie technisch für den Dienstgebrauch geeignet sind, auf saubere Antriebe umzustellen. ²Alle durch die Landesverwaltung genutzten Fahrzeuge sind spätestens ab dem Jahr 2030 mit alternativen klimagerechten Kraftstoffen zu betanken.“

b) Es wird der folgende neue Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Landesverwaltung wirkt darauf hin, mit geeigneten Mitteln den Treibhausgasausstoß im Verkehrssektor zu reduzieren, insbesondere durch Verkehrsverlagerung auf emissionsärmere Verkehrsträger und Antriebe (Schiene, Wasserstraße, Öffentlichen Personennahverkehr und Sharing-Modelle, nichtmotorisierter Verkehr) sowie Verkehrsvermeidung durch Digitalisierung und Flächenentwicklung.“

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹**Über die Verpflichtung zur Einhaltung der Mindestziele nach § 5 Abs. 1 Satz 1 und § 6 des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691) hinaus erhöht die Landesverwaltung bei der Neu- und Ersatzbeschaffung durch Kauf, Leasing oder Anmietung den Anteil von Straßenfahrzeugen mit sauberen Antrieben an der Gesamtzahl der beschafften Straßenfahrzeuge kontinuierlich in einer Weise, dass ab dem 1. Januar 2030 alle von der Landesverwaltung als Dienstkraftfahrzeuge genutzten Straßenfahrzeuge _____ (jetzt in Satz 1/2) über saubere Antriebe verfügen.** ¹¹**Ab dem 1. Januar 2030 beschafft die Landesverwaltung für den Dienstgebrauch nur noch Straßenfahrzeuge mit sauberen Antrieben.** ¹²**Ausgenommen von den Regelungen in den Sätzen 1 und 2 sind Straßenfahrzeuge, für deren Einsatzzwecke es kein entsprechendes Angebot gibt.** ²**Spätestens ab dem 1. Januar 2030 sind alle durch die Landesverwaltung genutzten Fahrzeuge, die keine Straßenfahrzeuge sind und die mit Verbrennungsmotoren angetrieben werden, mit _____ treibhausgasneutralen Kraftstoffen zu betanken.“**

b) **wird gestrichen**

8/1. Der bisherige § 9 wird § 13 und erhält folgende Fassung:

**„§ 13
Information über Ziele und Zwecke
dieses Gesetzes**

¹Das Land informiert über die Ziele und Zwecke dieses Gesetzes sowie über die Bedeutung des Klimas, des Klimawandels, des Klimaschutzes und der Notwendigkeit von Maßnahmen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

men zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. ²Es fördert mit geeigneten Mitteln das Verständnis für die Ziele und Zwecke dieses Gesetzes sowie die Auseinandersetzung mit den in Satz 1 genannten Themen.“

8/2. Der bisherige § 10 wird § 14.

8/3. Es wird der folgende § 15 angefügt:

**„§ 15
Zuführungen an den
Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen**

____ Als Beitrag zur Erreichung der ____ Klimaschutzziele nach § 3 Abs. 1 sowie zur Umsetzung der Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels nach § 6 werden ab dem Haushaltsjahr 2024 nach Maßgabe der Festsetzungen im Haushaltsplan des Landes als Zuführung zum Sondervermögen ‚Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen‘ jährlich Mittel und die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht; diese Mittel und Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur für Maßnahmen nach § 2 Nrn. 6 bis 9 des Gesetzes über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen verwendet werden.“

8/4. Nach § 15 wird die folgende Überschrift angefügt:

**„Vierter Abschnitt
Klimaschutzaufgaben der Kommunen“.**

8/5. Es wird der folgende § 16 angefügt:

**„§ 16
Aufgabenwahrnehmung**

Die Kommunen erfüllen die ihnen in den Vorschriften dieses Abschnitts zugewiesenen Klimaschutzaufgaben in eigener Verantwortung.“

8/6. Der bisherige § 8 wird § 17 und wie folgt geändert:

In der Überschrift werden die Worte „der Kommunen“ gestrichen.

9. Nach § 8 werden die folgenden §§ 8 a und 8 b eingefügt:

9. Es werden die folgenden §§ 18 bis 21 angefügt:

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

„§ 8 a

Übertragung von Klimaschutzaufgaben auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte

(1) Jeder Landkreis, jede kreisfreie Stadt und die Region Hannover ist verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2024 Klimaschutzkonzepte für die eigene Verwaltung zu erstellen, zu beschließen und bei Bedarf fortzuschreiben.

(2) Jeder Landkreis und die Region Hannover ist ab dem 1. Januar 2024 verpflichtet, die kreis- beziehungsweise regionsangehörigen Gemeinden hinsichtlich der Inanspruchnahme von Klimaschutzfördermitteln zu beraten und bei der Beantragung von Zuwendungen zu unterstützen.

(3) ¹ Jeder Landkreis, jede kreisfreie Stadt und die Region Hannover erfüllt die Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 im eigenen Wirkungskreis. ²Die grundständige Finanzierung erfolgt durch das Land Niedersachsen. ³Das Land weist den Landkreisen und der Region Hannover zur Erfüllung der Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 jährlich Mittel für zwei Vollzeitpersonalstellen Entgeltgruppe 12 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) in seiner jeweils gültigen Fassung sowie 30 000 Euro zu. ⁴Das Land weist den kreisfreien Städten zur Erfüllung der Aufgabe nach Absatz 1 jährlich Mittel für eineinhalb Vollzeitpersonalstellen Entgeltgruppe 12

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

„§ 18

Klimaschutzkonzepte, Fördermittelberatung

(1) ¹Jeder Landkreis **und** jede kreisfreie Stadt **sowie die Landeshauptstadt Hannover, die Stadt Göttingen** und die Region Hannover ist verpflichtet, bis zum 31. Dezember **2025** Klimaschutzkonzepte für die eigene Verwaltung zu erstellen, zu beschließen und bei Bedarf fortzuschreiben. ²**Das Klimaschutzkonzept enthält mindestens:**

1. **eine Ausgangsbilanz der jährlichen Treibhausgasemissionen der Verwaltung,**
2. **eine Zielsetzung zur Minderung der Treibhausgasemissionen der Verwaltung, die sich im Mindestmaß an dem Ziel der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 (§ 3 Abs. 1 Nr. 1) orientiert,**
3. **eine Festlegung von Zwischenzielen zur Erreichung des Ziels nach Nummer 2,**
4. **eine Darstellung geplanter Maßnahmen, deren Umsetzung einen Beitrag zur Erreichung der in den Nummern 2 und 3 genannten Ziele leisten soll, und**
5. **ein Verfahren, mit dem der Stand der Zielerreichung und der Maßnahmenumsetzung überprüft und anhand dessen Ergebnis über eine Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts entschieden werden soll.**

(2) Jeder Landkreis und die Region Hannover ist ab dem 1. Januar **2025** verpflichtet, die kreis- **oder** regionsangehörigen Gemeinden **zur** _____ Inanspruchnahme von Klimaschutzfördermitteln zu beraten und bei **deren** Beantragung _____ zu unterstützen.

(3) ¹ _____ (jetzt in § 16) ² _____

³Das Land weist den Landkreisen und der Region Hannover zur Erfüllung der Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 **ab dem 1. Januar 2024** jährlich Mittel für zwei Vollzeitpersonalstellen **der** Entgeltgruppe 12 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst **vom 13. September 2005, zuletzt geändert durch Änderungsstarifvertrag Nr. 18 vom 18. Oktober 2020** in seiner jeweils **geltenden** Fassung (TVöD) **zuzüglich eines Betrages von 30 000 Euro** zu. ⁴Das Land weist den kreisfreien Städten **sowie der Landeshauptstadt Hannover und der Stadt Göttingen** zur Erfüllung der Aufgabe nach Absatz 1

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) in seiner jeweils gültigen Fassung sowie 30 000 Euro zu.⁵Die jährliche Berechnung erfolgt anhand der aktuell gültigen standardisierten Personalkostensätze.

ab dem 1. Januar 2024 jährlich Mittel für eineinhalb Vollzeitpersonalstellen **der** Entgeltgruppe 12 _____ TVöD _____ **zuzüglich eines Betrages von 30 000 Euro** zu.⁵Die jährliche Berechnung **der Höhe der Mittel** erfolgt anhand der **zum Zeitpunkt der Berechnung geltenden** standardisierten Personalkostensätze.

§ 8 b Entsiegelungskataster

(1) ¹Jede Gemeinde, soweit sie nicht Mitglied einer Samtgemeinde ist, sowie jede Samtgemeinde hat bis zum 31. Dezember 2025 ein Kataster einzuführen, in welchem bis zum 31. Dezember 2028 das Entsiegelungspotenzial auf dem Gebiet der jeweiligen Kommune zu erfassen ist. ²Das Kataster ist darauf folgend alle fünf Jahre zu aktualisieren.

(2) ¹Die grundständige Finanzierung des Entsiegelungskatasters erfolgt durch das Land Niedersachsen. ²Das Land stellt jeder Gemeinde gemäß Absatz 1 ab 2026 jährlich Mittel von bis zu einem Zwölftel einer Vollzeitpersonalstelle der Entgeltgruppe 8 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) in seiner jeweils gültigen Fassung zur Verfügung. ³Die jährliche Berechnung erfolgt anhand der aktuell gültigen standardisierten Personalkostensätze.“

§ 19 Entsiegelungskataster

(1) ¹Jede Gemeinde, _____ **die** nicht Mitglied einer Samtgemeinde ist, sowie jede Samtgemeinde **ermittelt und erfasst** _____ bis zum 31. Dezember 2028, **für welche Flächen ihres Gebietes die Möglichkeit zur Entsiegelung besteht.** ^{1/1}**Die Erfassung erfolgt in einem vom Land zu diesem Zweck elektronisch bereitgestellten Entsiegelungskataster.** ²Das **Entsiegelungskataster** ist **fortlaufend zu ergänzen.**

(2) ¹_____ ²Das Land stellt jeder Gemeinde **nach Absatz 1 und jeder Samtgemeinde ab dem Jahr 2026** jährlich Mittel von bis zu einem Zwölftel einer Vollzeitpersonalstelle der Entgeltgruppe 8 _____ TVöD _____ zur Verfügung. ³Die jährliche Berechnung **der Höhe der Mittel** erfolgt anhand der **zum Zeitpunkt der Berechnung geltenden** standardisierten Personalkostensätze.

__§ 20 ____Wärmeplanung

(1) ¹Jede Gemeinde, **die nicht Mitglied einer Samtgemeinde ist**, sowie jede Samtgemeinde _____ ist verpflichtet, bis zum 31. Dezember **2026** einen _____ Wärmeplan zu erstellen, **sofern in der Gemeinde oder der Samtgemeinde gemäß dem Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (Anlage 1 der Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen in der Fassung vom 26. September 2017, Nds. GVBl. S. 378) ein Ober- oder Mittelzentrum liegt.** ²**Der Wärmeplan** ist spätestens alle fünf Jahre nach der jeweiligen Erstellung _____ fortzuschreiben.

(2) ¹Jede **Kommune nach Absatz 1 Satz 1** _____ hat den _____ Wärmeplan innerhalb von drei Monaten nach Fertigstellung _____ zu veröffentlichen **und dem Land vorzulegen.** ²Fortschreibungen nach Absatz 1 Satz 2 sind inner-

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion
der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie,
Bauen und Klimaschutz

halb von drei Monaten nach Fertigstellung **zu veröffentlichen und dem Land** vorzulegen. ³Soweit _____ Wärmepläne bereits vor dem 1. Januar 2024 erstellt wurden und die Anforderungen nach den Absätzen 4 und 5 erfüllen, sind diese spätestens bis zum 31. März 2024 **zu veröffentlichen und** vorzulegen; **sie sind spätestens bis zum 31. Dezember 2031 und anschließend spätestens alle fünf Jahre nach der jeweiligen Erstellung fortzuschreiben.**

(3) ¹ _____ (jetzt in § 21 Abs. 5/1 Satz 1 - neu - enthalten) ²**Für die Veröffentlichung des Wärmeplans und seiner Fortschreibungen gilt im Übrigen § 21 Abs. 5/1.**

(4) **Im _____ Wärmeplan sind** für das _____ Gebiet der _____ **Kommune** räumlich aufgelöst darzustellen:

1. **auf Grundlage einer systematischen und qualifizierten Datenerhebung der** aktuelle_ Wärmebedarf_ **und -verbrauch_ der Gebäude** und **die damit verbundenen** Treibhausgasemissionen, einschließlich Informationen zu den vorhandenen Gebäudetypen und den Baualtersklassen sowie die aktuelle **Wärmeversorgungsstruktur** (Bestandsanalyse),
2. die _____ Potenziale zur Senkung des Wärmebedarfs _____ und zur treibhausgasneutralen **Versorgung der Gebäude mit Wärme aus erneuerbaren Energien einschließlich Geothermie** sowie zur **Versorgung der Gebäude mit Wärme aus** Abwärme und Kraft-Wärme-Kopplung (Potenzialanalyse) und
3. **Berechnungen darüber, wie sich der Wärmebedarf_ der Gebäude** und **die Wärmeversorgungsstruktur bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus entwickeln müssen, um bis zum Jahr 2040 eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung der Gebäude zu erreichen.**

(5) ¹**Auf Grundlage der Darstellungen nach Absatz 4** sind im _____ Wärmeplan _____ Handlungsstrategien **der Kommune** zur _____ **Senkung** und treibhausgasneutralen Deckung des **Wärmebedarfs der Gebäude darzustellen** sowie Maßnahmen _____ **zur Umsetzung der Handlungsstrategien zu benennen.**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion
der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie,
Bauen und Klimaschutz

²Die Kommune soll mindestens fünf _____ Maßnahmen **nach Satz 1** benennen, mit deren Umsetzung innerhalb der auf die Veröffentlichung folgenden fünf Jahre begonnen werden soll.

(6) ¹ _____ ²Das Land weist **den Kommunen nach Absatz 1** für die _____ **Wärmeplanung** _____ folgende Mittel zu:

1. für die Erstaufstellung **in den Jahren 2024 bis 2026** jährlich einen **Betrag** in Höhe von **16 000 Euro zuzüglich 0,25 Euro je Einwohnerin oder Einwohner und**
2. für die _____ Fortschreibung **ab dem Jahr 2027** _____ jährlich einen **Betrag** in Höhe von 3 000 Euro **zuzüglich 0,06 Euro je Einwohnerin oder Einwohner.**

³ _____ (*jetzt in Satz 1 Nr. 2*) ⁴Die genannten Beträge stehen allen **Kommunen nach Absatz 1** zu, auch wenn sie **am 1. Januar 2024** bereits über einen kommunalen Wärmeplan gemäß Absatz 4 und 5 verfügen. ⁵Für die Zuweisung maßgeblich **ist** die _____ **von** der für Statistik zuständigen Landesbehörde jeweils zum 31. Dezember des Vorjahres **ermittelte Einwohnerzahl.**

§ 21

Datenverarbeitung zur Erstellung von Wärmeplänen

(1) ¹Jede Kommune **darf die** zur Erstellung ihres _____ **Wärmeplans** erforderlichen Daten bei **allen** _____ Personen **und Stellen, bei denen solche Daten** vorhanden **sein könnten**, erheben _____ (*zweiter Halbsatz jetzt in Satz 1/1*). ^{1/1}**Zu den Daten im Sinne des Satzes 1 können** auch _____ personenbezogene Daten, Daten, die Betriebs- **oder** Geschäftsgeheimnisse darstellen (**Unternehmensgeheimnisse**), **und Daten, deren öffentliche Bereitstellung nachteilige Auswirkungen auf bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit, insbesondere kritische Infrastrukturen, hätte (sicherheitskritische Informationen), gehören.** ² _____ (*jetzt in Absatz 3/1 Satz 1*) ³**Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung dürfen nicht erhoben werden.**

(2) ¹Energieunternehmen **gemäß § 2 Nr. 13 des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen** sind ver-

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

pflichtet, den Kommunen auf Anforderung insbesondere zähler- oder gebäudescharfe Angaben zu Art, Umfang und Standorten des Energie- oder Brennstoffverbrauchs von Gebäuden oder Gebäudegruppen sowie des Stromverbrauchs zu Heizzwecken, insbesondere für Wärmepumpen und Direktheizungen, und Angaben zu Art, Alter, Nutzungsdauer, Lage und Leitungslänge von Wärme- und Gasnetzen, einschließlich des Temperaturniveaus, der Wärmeleistung und der jährlichen Wärmemenge zu übermitteln. ²Öffentliche Stellen gemäß § 1 Abs. 1 **Satz 1 Nr. 1** des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (**NDSG**) sowie bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger sind verpflichtet, den Kommunen auf Anforderung insbesondere gebäudescharfe Angaben zu Art, Brennstoff, Nennwärmeleistung und Alter von Anlagen zur Wärmeerzeugung sowie Angaben über deren Betrieb, Standort und Zuweisung zur Abgasanlage und die für die Aufstellung von Emissionskatastern im Sinne des § 46 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erforderlichen Angaben _____ zu übermitteln. ³**Für bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger beschränkt sich die Verpflichtung zur Datenübermittlung** auf die Daten, die nach § 19 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes im elektronischen Kkehrbuch einzutragen _____ sind.

(3) **Die Inhaber von Betriebsstätten gemäß § 6 Abs. 1 bis 3 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages im Gebiet der Kommune** sowie _____ öffentliche **Stellen gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 NDSG** sind verpflichtet, den Kommunen auf Anforderung Angaben über die Höhe ihres Endenergieverbrauchs, Wärmeenergiebedarfs oder -verbrauchs, die Art der Wärmeenergiebedarfsdeckung einschließlich des Anteils erneuerbarer Energien und von Kraft-Wärme-Kopplung sowie der anfallenden Abwärme zu übermitteln.

(3/1) ¹Unternehmensgeheimnisse und sicherheitskritische Informationen sind bei der Übermittlung als vertraulich zu kennzeichnen. ²**Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung müssen nicht übermittelt werden.**

(4) ¹Jede Kommune **darf auch** innerhalb ihrer Verwaltung **bereits** vorhandene Daten wie insbesondere Gebäudeadresse, Gebäudenutzung, Wohnfläche oder Bruttogeschossfläche, Geschosshöhe, Energieträger zur Wärmeerzeugung und Gebäudebaualter zur Erstellung **ihres** _____ **Wärmeplans verwenden**, soweit dies zu **diesem Zweck**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

erforderlich ist; dies gilt **vorbehaltlich des Satzes 4** auch, soweit es sich dabei um personenbezogene Daten handelt und diese für andere Zwecke erhoben wurden. **²Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung dürfen nicht verwendet werden.** **³Soweit für die Daten nach anderen Rechtsvorschriften Verwendungsbeschränkungen bestehen, die der Verwendung der Daten zur Erstellung eines Wärmeplans entgegenstehen, bleiben diese unberührt.** **⁴Im Übrigen darf die Kommune die bei ihr vorhandenen personenbezogenen Daten, die zu einem anderen Zweck erhoben wurden, zur Erstellung ihres Wärmeplans nur verwenden, soweit das öffentliche Interesse an der Erstellung des Wärmeplans das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person am Ausschluss der Verarbeitung überwiegt.**

(5) ¹Die Kommune **darf** _____ personenbezogene Daten _____ **nach den Absätzen 1 bis 4** zur Erstellung ihres _____ Wärmeplans im Übrigen nur verarbeiten, **solange und soweit dies für diesen Zweck erforderlich ist** _____. ²Sobald dies **nach dem Zweck der Verarbeitung, den Wärmeplan zu erstellen**, möglich ist, sind _____ personenbezogene Daten _____ **zu pseudonymisieren oder, wenn der Zweck der Verarbeitung dies zulässt, zu anonymisieren; sobald die Daten nicht mehr, auch nicht in pseudonymisierter oder anonymisierter Form, benötigt werden, sind sie zu löschen.** ^{2/1}**Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung sowie Unternehmensgeheimnisse _____ dürfen nicht verarbeitet werden.** ³_____ ⁴**Die Kommune hat sicherzustellen, dass keine sicherheitskritischen Informationen öffentlich bereitgestellt werden.**

(5/1) ¹Die _____ Wärmepläne und ihre Fortschreibungen sind **nach Maßgabe des Absatzes 5** im Internet zu veröffentlichen. ²Dabei _____ ist zu beachten, **dass ein Wärmeplan bei der Veröffentlichung keine personenbezogenen Daten, keine Unternehmensgeheimnisse und keine sicherheitskritischen Informationen enthalten darf.**

(6) ¹_____ ²Zum Schutz der berechtigten Interessen der betroffenen Personen haben die Kommunen die Informationen gemäß Artikel 13

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Abs. 3 und Artikel 14 Abs. 1 und 2 der **Datenschutz-Grundverordnung** ____ ortsüblich bekannt zu machen.“

10. Es werden die folgenden neuen §§ 9 a und 9 b eingefügt:

„§ 9 a
Kommunale Wärmeplanung

(1) ¹Jede Gemeinde sowie jede Samtgemeinde, in der Ober- und Mittelzentren gemäß Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen liegen, ist verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2027 einen kommunalen Wärmeplan zu erstellen. ²Dieser ist spätestens alle fünf Jahre nach der jeweiligen Erstellung unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklungen fortzuschreiben.

(2) ¹Jede in Absatz 1 benannte Gemeinde hat den kommunalen Wärmeplan innerhalb von drei Monaten nach Fertigstellung, spätestens bis zum 31. März 2028 zu veröffentlichen. ²Fortschreibungen nach Absatz 1 Satz 2 sind innerhalb von drei Monaten nach Fertigstellung vorzulegen. ³Soweit kommunale Wärmepläne bereits vor dem 1. Januar 2024 erstellt wurden und die Anforderungen nach Absatz 5 und 6 erfüllen, sind diese bis spätestens zum 31. März 2024 vorzulegen.

(3) ¹Die kommunalen Wärmepläne sind im Internet zu veröffentlichen. ²Das geltende Datenschutzrecht ist dabei zu beachten.

(4) Kommunale Wärmepläne stellen für das gesamte Gebiet der jeweiligen Gemeinden räumlich aufgelöst

1. die systematische und qualifizierte Erhebung des aktuellen Wärmebedarfs oder -verbrauchs und der daraus resultierenden Treibhausgasemissionen, einschließlich Informationen zu den vorhandenen Gebäudetypen und den Baualtersklassen, sowie die aktuelle Versorgungsstruktur (Bestandsanalyse),
2. die in der Gemeinde vorhandenen Potenziale zur Senkung des Wärmebedarfs durch Steigerung der Gebäudeenergieeffizienz und zur treibhausgasneutralen Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien sowie Abwärme und Kraft-Wärme-Kopplung (Potenzialanalyse) und

10. **wird (hier) gestrichen** (§§ 9 a und 9 b jetzt in Nummer 9 als neue §§ 20 und 21 enthalten)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

3. ein treibhausgasneutrales Szenario für das Jahr 2040 mit Zwischenzielen für das Jahr 2030 zur zukünftigen Entwicklung des Wärmebedarfs und einer flächendeckenden Darstellung der zur treibhausgasneutralen Bedarfsdeckung geplanten Versorgungsstruktur

dar.

(5) ¹Hierauf aufbauend werden im kommunalen Wärmeplan mögliche kommunale Handlungsstrategien und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und damit einhergehend zur Reduzierung und treibhausgasneutralen Deckung des Wärmeenergiebedarfs entwickelt. ²Es sind von der Gemeinde mindestens fünf selbstverpflichtende Maßnahmen zu benennen, mit deren Umsetzung innerhalb der auf die Veröffentlichung folgenden fünf Jahre begonnen werden soll.

(6) ¹Die grundständige Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung erfolgt durch das Land Niedersachsen. ²Das Land weist allen in Absatz 1 benannten Gemeinden für diese Aufgabe jährlich folgende Mittel zu: ein Grundsockel in Höhe von jährlich 12 000 Euro plus 0,19 Euro pro Einwohner für die vier Jahre (2024 bis 2027) der Erstaufstellung; ein jährlicher Grundsockel in Höhe von 3 000 Euro plus 0,06 Euro pro Einwohner für den verminderten Aufwand der Pflicht zur Fortschreibung nach drei Jahren bis 2030 von (2028-2030). ³Letzteres gilt analog für die weitere Fortschreibung nach 2030. ⁴Die genannten Beträge stehen allen Gemeinden gemäß Absatz 1 zu, auch wenn sie zum 1. Januar 2024 bereits über einen kommunalen Wärmeplan gemäß Absatz 4 und 5 verfügen. ⁵Für die Zuweisung maßgeblich sind die endgültigen Bevölkerungszahlen der für Statistik zuständigen Landesbehörde jeweils zum 31. Dezember des Vorjahres.

§ 9 b

Datenübermittlung zur Erstellung kommunaler Wärmepläne

(1) ¹Soweit dies zur Erstellung kommunaler Wärmepläne erforderlich ist, ist jede Kommune berechtigt, vorhandene Daten bei den in Absatz 2 und 3 genannten natürlichen und juristischen Personen zu erheben; dies gilt auch, soweit es sich dabei um personenbezogene Daten handelt. ²Daten, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse darstellen, sind bei der Übermittlung als vertraulich zu kennzeichnen.

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(2) ¹Energieunternehmen sind verpflichtet, den Kommunen auf Anforderung insbesondere zähler- oder gebäudescharfe Angaben zu Art, Umfang und Standorten des Energie- oder Brennstoffverbrauchs von Gebäuden oder Gebäudegruppen sowie des Stromverbrauchs zu Heizzwecken, insbesondere für Wärmepumpen und Direktheizungen, und Angaben zu Art, Alter, Nutzungsdauer, Lage und Leitungslänge von Wärme- und Gasnetzen, einschließlich des Temperaturniveaus, der Wärmeleistung und der jährlichen Wärmemenge zu übermitteln. ²Öffentliche Stellen gemäß § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes sowie bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger sind verpflichtet, den Kommunen auf Anforderung insbesondere gebäudescharfe Angaben zu Art, Brennstoff, Nennwärmeleistung und Alter von Anlagen zur Wärmeerzeugung sowie Angaben über deren Betrieb, Standort und Zuweisung zur Abgasanlage und die für die Aufstellung von Emissionskatastern im Sinne des § 46 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erforderlichen Angaben nach Maßgabe der öffentlich-rechtlichen Vorschriften auf dem Gebiet des Immissionsschutzes zu übermitteln. ³Die Pflicht erstreckt sich nur auf die Daten, die im elektronischen Kkehrbuch nach § 19 Schornsteinfeger-Handwerksgesetz einzutragen und für die Wärmeplanung von Bedeutung sind.

(3) Gewerbe- und Industriebetriebe sowie die öffentliche Hand sind verpflichtet, den Kommunen Angaben über die Höhe ihres Endenergieverbrauchs, Wärmeenergiebedarfs oder -verbrauchs, die Art der Wärmeenergiebedarfsdeckung einschließlich des Anteils erneuerbarer Energien und von Kraft-Wärme-Kopplung sowie der anfallenden Abwärme auf Anforderung zu übermitteln.

(4) Soweit dies zur Erstellung kommunaler Wärmepläne erforderlich ist, ist jede Kommune berechtigt, innerhalb ihrer Verwaltung vorhandene Daten wie insbesondere Gebäudeadresse, Gebäudenutzung, Wohnfläche oder Bruttogeschossfläche, Geschosszahl, Energieträger zur Wärmeerzeugung und Gebäudebaualter zu verarbeiten; dies gilt auch, soweit es sich dabei um personenbezogene Daten handelt und diese für andere Zwecke erhoben wurden.

(5) ¹Die zur Erstellung kommunaler Wärmepläne von den Kommunen erhobenen personenbezogenen Daten sowie Daten, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse darstellen, dürfen nicht für einen anderen Zweck als zu demjenigen verarbeitet werden, zu dem sie erhoben wurden. ²Sobald dies

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

ohne Gefährdung des Erhebungszwecks möglich ist, sind die personenbezogenen Daten und die Daten, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse darstellen, zu löschen. ³Unter den Voraussetzungen des Artikels 28 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. EU Nr. L 119/1 Satz 1) dürfen personenbezogene Daten einem Auftragsverarbeiter offengelegt werden.

(6) ¹Eine Pflicht zur Information der betroffenen Person gemäß Artikel 13 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2016/679 durch die zur Datenübermittlung verpflichteten Energieunternehmen und öffentlichen Stellen besteht nicht. ²Zum Schutz der berechtigten Interessen der betroffenen Personen haben die Kommunen die Informationen gemäß Artikel 13 Abs. 3 und Artikel 14 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EU) 2016/679 ortsüblich bekanntzumachen.“

11. Der bisherige § 9 wird der neue § 10 und wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Es wird der folgende neue Absatz 2 eingefügt:

„(2) Erziehungs-, Bildungs- und Informationsträger klären auf allen Ebenen über die Bedeutung des Themas „Klima“ beziehungsweise „Klimawandel“ auf, regen die Auseinandersetzung mit den Themen „Klimaschutz“ und „Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ an und stärken dadurch das Bewusstsein dafür.“

12. Der bisherige § 10 wird § 11.

13. Es wird der folgende neue § 12 neu eingefügt:

„§ 12

Zuführung Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen

(1) Als Beitrag zur Erreichung der niedersächsischen Klimaschutzziele gemäß § 3 sowie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels gemäß § 6 werden im Haushaltsplan des Landes als Zuführung zum Sondervermögen Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen ab 2024 jährlich Mittel und die

11. **wird (hier) gestrichen** (jetzt als neuer § 13 in Nummer 8/1 enthalten)

12. **wird (hier) gestrichen** (jetzt als neuer § 14 in Nummer 8/2 enthalten)

13. **wird (hier) gestrichen** (Absatz 1 jetzt als § 15 in Nummer 8/3 enthalten)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

notwendigen Verpflichtungsermächtigungen nach Maßgabe des Haushalts ausgebracht.

(2) Mit diesen Mitteln werden Maßnahmen insbesondere in folgenden Bereichen gefördert:

1. Energieeffizienz,
2. erneuerbare Energien,
3. Energiespeicher,
4. energetische Gebäudesanierung,
5. Wasserstoffwirtschaft,
6. klimafreundliche Mobilität,
7. nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe und Maßnahmen zum Erhalt und zur Steigerung von CO₂-Senken und CO₂-Speichern,
8. Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

(3) Die Mittel werden von den für Klima und Energie sowie für Wirtschaft zuständigen Ministerien verwaltet.“

14. Der bisherige § 11 wird § 13.

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes

In § 9 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 30.05.1978 (Nds. GVBl. S. 517), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10.11.2021 (Nds. GVBl. S. 732), wird der folgende neue Absatz 3 angefügt:

14. **wird (hier) gestrichen** (jetzt als neuer § 7 in Nummer 6/1 enthalten)

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes

_____ **§ 7 Abs. 2** des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 30. **Mai** 1978 (Nds. GVBl. S. 517), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. **November** 2021 (Nds. GVBl. S. 732), wird _____ **wie folgt geändert:**

1. **Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und wie folgt geändert:**

a) **Die bisherige Nummern 2 erhält folgende Fassung:**

„2. ein öffentliches Interesse anderer Art, zum Beispiel

a) die nachhaltige energetische Verbesserung des Kulturdenkmals,

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

b) eine Maßnahme zur Verbesserung des Hochwasserschutzes oder

c) die Berücksichtigung der Belange von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen,

das Interesse an der unveränderten Erhaltung des Kulturdenkmals überwiegt und den Eingriff zwingend verlangt,“

b) Es wird die folgende neue Nummer 3 eingefügt:

„3. das öffentliche Interesse an der Errichtung von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien das Interesse an der unveränderten Erhaltung des Kulturdenkmals überwiegt, oder“.

c) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4.

2. Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

„²Das öffentliche Interesse an der Errichtung von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien nach Satz 1 Nr. 3 überwiegt in der Regel, wenn der Eingriff in das äußere Erscheinungsbild reversibel ist und in die denkmalwerte Substanz nur geringfügig eingegriffen wird.“

„(3) Wenn zur Erzeugung oder Umwandlung erneuerbarer Energie Anlagen errichtet werden, soll der Eingriff in ein Baudenkmal genehmigt werden, wenn diese vom öffentlichen Raum nicht oder nur geringfügig sichtbar sind oder durch die sichtbare Anbringung nur geringfügige Störungen des historischen und denkmalrelevanten Erscheinungsbildes verursacht werden und soweit nicht gleichermaßen geschützte denkmalwerte Nebengebäude oder Anbauten für die Erzeugung oder Umwandlung erneuerbarer Energie infrage kommen.“

Artikel 3

Änderung der Niedersächsischen Bauordnung

§ 32 a der Niedersächsischen Bauordnung vom 03. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. November 2021 (Nds. GVBl. S. 739), wird aufgehoben.

Artikel 3

Änderung der Niedersächsischen Bauordnung

§ 32 a der Niedersächsischen Bauordnung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. November 2021 (Nds. GVBl. S. 739), wird **wie folgt geändert**:

1. **Absatz 1 erhält folgende Fassung:**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion
der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie,
Bauen und Klimaschutz

„(1) ¹Bei der Errichtung von Gebäuden, die **mindestens eine _____ Dachfläche von 50 m² aufweisen**, sind _____ mindestens 50 Prozent der _____ Dachfläche **mit Photovoltaikanlagen auszustatten**. ²_____ **Satz 1 _____ gilt** _____, wenn für die Baumaßnahme der Bauantrag, der Antrag auf bauaufsichtliche Zustimmung nach § 74 Abs. 2 _____ oder die Mitteilung nach § 62 Abs. 3 _____

1. **bei Gebäuden, die überwiegend gewerblich _____ genutzt werden**, nach dem 31. Dezember 2022,
2. **bei Wohngebäuden** nach dem 31. Dezember 2024 **und**
3. **bei Gebäuden, die nicht unter die Nummern 1 und 2 fallen**, nach dem 31. Dezember 2023

übermittelt wird. ³Bei der Errichtung von Wohngebäuden, die **mindestens eine Dachfläche von 50 m² aufweisen und bei denen für die Baumaßnahme der Bauantrag, der Antrag auf bauaufsichtliche Zustimmung nach § 74 Abs. 2 oder die Mitteilung nach § 62 Abs. 3 nach dem 31. Dezember 2022** übermittelt wird, ist die Tragkonstruktion des Gebäudes so zu bemessen, dass auf allen Dachflächen Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung aus solarer Strahlungsenergie errichtet werden können; wird der Bauantrag, der Antrag auf bauaufsichtliche Zustimmung nach § 74 Abs. 2 oder die Mitteilung nach § 62 Abs. 3 nach dem 31. Dezember 2024 übermittelt, so gilt nur Satz 1.“

2. **Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:**

„(3) ¹Bei Errichtung eines offenen Parkplatzes oder Parkdecks mit mehr als 50 Einstellplätzen für Kraftfahrzeuge ist über der für eine Solarnutzung geeigneten Einstellplatzfläche eine Photovoltaikanlage zu installieren. ²Ausgenommen von der Verpflichtung sind Parkplätze, die unmittelbar entlang der Fahrbahnen öffentlicher Straßen angeordnet sind und die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind; Absatz 2 Nr. 1 _____ gilt entsprechend. ³_____ **Satz 1 _____ gilt** _____, wenn für die Baumaßnahme der Bauantrag, der Antrag auf bauaufsichtliche Zustimmung nach § 74 Abs. 2 _____ oder die Mitteilung nach § 62 Abs. 3 _____ nach dem 31. Dezember 2022 übermittelt wird.“

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Artikel 4

Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes

Das Niedersächsische Wassergesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2021 (Nds. GVBl. S. 911), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 96 wird der folgende neue § 96 a eingefügt:

„§ 96 a

Umlage von Kosten der Abwasserbeseitigung

¹Die Gemeinde erhebt Abgaben nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz. ²Bei der Ermittlung der Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung können nicht einrichtungsbedingte Kosten für Maßnahmen der Starkregenvorsorge einbezogen werden.“

2. § 97 wird wie folgt geändert:

Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) §§ 96 und 96 a gelten entsprechend.“

Artikel 5

Änderung des Niedersächsischen Deichgesetzes

§ 7 des Niedersächsischen Deichgesetzes vom 23. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 83), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 2021 (Nds. GVBl. S. 911), wird wie folgt geändert:

Artikel 4

Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes

Das Niedersächsische Wassergesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2021 (Nds. GVBl. S. 911), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 96 wird der folgende ____ § 96 a eingefügt:

„§ 96 a

_____ Kosten der Abwasserbeseitigung

¹Die Gemeinde erhebt, **soweit nicht ein privatrechtliches Entgelt gefordert wird, für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei der Abwasserbeseitigung** Abgaben nach **den Vorschriften** des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG). ²**§ 5 NKAG gilt mit der Maßgabe, dass in die für die Gebührenberechnung zu kalkulierenden Kosten** für die Schmutzwasserbeseitigung **neben den Kosten der Einrichtung auch** nicht einrichtungsbedingte Kosten für Maßnahmen der Starkregenvorsorge einbezogen werden können.“

2. § 97 **Abs. 4** wird wie folgt geändert:

a) **Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.**

b) **Es wird der folgende Satz 2 angefügt:**

„____ ²**Soweit die Aufgabe der Abwasserbeseitigung auf eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts übergegangen und diese andere Person zum Erlass einer Satzung für die Erhebung von Abgaben nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz für die Wahrnehmung der übergebenen Aufgabe befugt ist, gilt** § _____ 96 a ____ entsprechend.“

Artikel 5

Änderung des Niedersächsischen Deichgesetzes

§ 7 des Niedersächsischen Deichgesetzes **in der Fassung** vom 23. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 83), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 2021 (Nds. GVBl. S. 911), wird wie folgt geändert:

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/11015

Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

a) Es wird der folgende neue Absatz 5 eingefügt:

„(5) Die Deicherhaltung obliegt den in Absatz 1 bis 3 bezeichneten Verbänden oder dem Land als öffentliche Aufgabe.“

b) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

1. Es wird der folgende neue Absatz 5 eingefügt:

„(5) Die Deicherhaltung obliegt den in Absatz 1 bis 3 bezeichneten Verbänden _____ als öffentliche Aufgabe.“

2. *unverändert*

Artikel 5/1

Änderung des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes

Das Niedersächsische Raumordnungsgesetz in der Fassung vom 6. Dezember 2017 (Nds. GVBl. S. 456), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. Dezember 2021 (Nds. GVBl. S. 830), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 5 wird der folgende Absatz 9 angefügt:

„(9) Für Planungen und Maßnahmen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie oder solarer Strahlungsenergie ist bis zum 31. Dezember 2039 eine Untersagung nach § 12 Abs. 2 ROG nur zulässig, wenn für die in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung die Auslegung der Unterlagen nach § 9 Abs. 2 Sätze 2 und 3 ROG erfolgt und die Frist zur Stellungnahme nach § 9 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 ROG abgelaufen ist.“

2. § 9 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

„²Für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie oder solarer Strahlungsenergie wird bis zum 31. Dezember 2039 kein Raumordnungsverfahren durchgeführt.“

Artikel 5/2

Neubekanntmachung

Das für Klimaschutz zuständige Ministerium wird ermächtigt, das Niedersächsische Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels in der nunmehr geltenden

*Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion
der CDU - Drs. 18/11015*

*Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Energie,
Bauen und Klimaschutz*

**Fassung mit neuem Datum bekannt zu machen und
dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.**

Artikel 6
Inkrafttreten

Artikel 6
Inkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am
Tag nach seiner Verkündung in Kraft. ²Abweichend von
Satz 1 tritt Artikel 1 Nr. 7 § 5 c am 1. Januar 2024 in Kraft.

¹Dieses Gesetz tritt _____ am Tag nach sei-
ner Verkündung in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt Ar-
tikel 1 **Nr. 9** _____ am 1. Januar 2024 in Kraft.